

Es gilt das gesprochene Wort!

Hinweis: Diese Rede kann hier als Video abgerufen werden:

<http://www.landtag.ltsh.de/aktuelles/mediathek>

LANDTAGSREDE – 28. Januar 2021

Dr. Heiner Dunckel:

Hochschulen und Studierenden bestmöglich durch die Krise helfen

TOP 36+40: Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Hochschulen und die Studierenden abmildern, BAföG schnell und grundsätzlich überarbeiten (Drs. 19/2717, 19/2489, 19/2529, 19/2705)

„Die Mehrzahl von uns hat das große Privileg genossen, studieren zu können. Wir alle erinnern uns hoffentlich mit positiven Gefühlen daran, wie herausfordernd, wie spannend und wie schwierig die ersten Wochen an der Hochschule waren, wie anders sich das Lernen und Arbeiten an einer Hochschule gestaltete als das, was man von der Schule her gewöhnt war. Und wir alle – ich auf jeden Fall – erinnern uns an die Diskussionen bis spät in die Nacht, an die vielen gemeinschaftlichen Aktivitäten und Aktionen mit den Kommiliton*innen. Und jetzt stellen wir uns einmal vor, Sie sind gerade als Studienanfänger*in an ihrer Hochschule angekommen und es gibt bis auf Weiteres keine Vorlesungen, Seminare, Kurse, Übungen und Praktika in den Vorlesungssälen, den Seminar- und Übungsräumen oder in den Laboren, sondern das Allermeiste spielt sich alleine im Studierendenzimmer am Bildschirm ab. Und dann reicht auch das BAföG und die finanzielle Unterstützung der Eltern für Miete, Verpflegung, Bücher und sonstiges nicht aus.

Es ist nicht ideal, dass viele Studierende neben dem Studium einen Job machen müssen, um finanziell über die Runden zu kommen. Aber auch diesen Job gibt es zurzeit nicht. Da gibt es dann zwar Unterstützungen, zumindest als Darlehen, aber niemand sagt Ihnen, wie lange diese Leistungen gewährt werden können, wenn sich der Lockdown noch weiter hinzieht und in der Regel reichen diese auch nicht aus. Und stellen Sie sich weiter vor, Sie haben gerade Ihr Elternhaus verlassen und leben jetzt unter gänzlich neuen Bedingungen an Ihrem Hochschulort, aber es wird Ihnen verboten, an irgendwelchen sozialen Aktivitäten teilzunehmen. Die Fachbereiche machen keine Anfängerfêten; Sie können auch nicht an Angeboten der Hochschule und der Fachbereiche außerhalb der Lehrveranstaltungen persönlich teilnehmen und sich ebenso wenig persönlich über die zahlreichen Vereine der Studierenden informieren, weil auch die entweder nicht stattfinden oder nur online tagen können. Ich glaube, keiner von uns wäre problemlos mit einer solchen Art des Studienbeginns klargeworden. Was an der Schule noch eine Bringschuld der Lehrkräfte gegenüber ihren Schülerinnen und Schülern ist, ist an der Hochschule eine Holschuld der Studierenden. Und für

die Hochschulen gilt natürlich dasselbe wie für die Schulen, dass die Institute und Fachbereiche und vor allem die einzelnen Hochschullehrer*innen sehr unterschiedlich auf die Herausforderungen des digitalen Lehrens und Lernens vorbereitet sind.

Es ist eine alte Tatsache, dass bedeutende Forscher*innen oft schlechte Hochschullehrer*innen waren und sind und dass so mancher, der Inhalte gut zu vermitteln vermag, kein begnadeter Forscher ist. Wenn dazu nun als dritter Faktor noch die ungleich verteilte Befähigung und Neigung zum Umgang mit digitalen Medien kommt, stellt das die Studierenden vor weitere Probleme. Mich haben in letzter Zeit viele Schreiben der ASTEN und von Studierenden erreicht, die deutlich machen, in welcher schwierigen finanziellen, sozialen und psychischen Situation viele Studierende stecken. Martin Habersaat hat es gestern für die Schulen schon gesagt: die Corona-Krise wird viele junge Menschen teuer zu stehen kommen, die in Schule, Ausbildung oder Studium stecken. Unsere Aufgabe als Träger der Hochschulen muss also die Schadensbegrenzung sein.

Schadensbegrenzung heißt:

- die Hochschulen müssen materiell und sächlich in der Lage sein, digital zu lehren;
- keine Studierende und kein Studierender darf von einem erfolgreichen Studium ausgeschlossen werden, weil er oder sie sich die technischen Ausstattungen nicht leisten kann, die dafür nötig sind;
- kein Studium darf daran scheitern, dass die öffentliche Studien-förderung zu gering ist und die Möglichkeit, diese Förderung durch einen Job aufzustocken, nicht mehr vorhanden ist; dazu gehört auch eine grundsätzliche BAföG-Reform;
- wir müssen uns auch verstärkt um die psychosoziale Situation der Studierenden kümmern durch eine deutliche Aufstockung der Ressourcen des Studentenwerkes;
- Prüfungen, die während und zum Abschluss des Studiums abgelegt werden müssen, müssen den veränderten Rahmenbedingungen in den Anforderungen, in der Durchführung und auch im Datum so angepasst werden, dass sie keine unüberwindlichen Hürden darstellen. Dies geschieht jetzt ja dankenswerter Weise.

Es ist deshalb richtig, dass auch das Justizministerium das laufende Semester als Freisemester für die Jurastudierenden anerkennt. Weder dürfen die jetzigen Semester auf Regelstudienzeiten noch auf Förderhöchstzeiten angerechnet werden. Aber trotzdem werden Studierende Zeiten verlieren, die sie finanzieren müssen und denen sie auch später dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Ja, das alles wird viel Geld kosten, aber es ist nur ein ganz kleiner Bruchteil gegenüber den Summen, mit denen wir u.a. die Wirtschaftsunternehmen am Leben halten. Und ich bin mir absolut sicher, dass eine Investition in unsere zukünftigen Fachkräfte mit akademischer Qualifikation mindestens genauso wichtig ist wie in die Betriebe von Selbstständigen. Wenn es irgendwie machbar ist, sollten wir solche Regelungen im

Gleichklang mit anderen Bundesländern, besonders mit unseren Nachbarländern auf den Weg bringen. Gerade in diesem Bereich darf es keinen Flickenteppich geben zwischen Ländern, die sich bemühen, ihre Studierenden ein wenig zu entlasten, und denjenigen, die dies möglicherweise nicht oder in anderer Form tun.“